

# Besser kurz als gar nicht

Das Instrument der „Kurzarbeit“, gut bekannt aus der Finanzkrise 2008, wird wieder zum Leben erweckt. Die Regelungen sind diesmal großzügiger.

WIEN. Petra Draxl, Chefin des AMS Wien, erwartet erhebliche negative Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf den Arbeitsmarkt – die „zumindest noch ein Jahr“ anhalten werden. Mit der Finanzkrise 2008 sei die Situation nicht vergleichbar – denn jetzt komme die Krise aus der Realwirtschaft. Besser Kurzarbeit als Kündigungen ist jetzt das Motto der Regierung wie auch jenes der Unternehmer – und der Arbeitnehmer.

## Kostenübernahme sofort

Damit mehr Unternehmen eine Kurzarbeitslösung für ihre Mitarbeiter nutzen, ist, das wurde am Dienstag beschlossen, eine Kostenübernahme der Dienstgeberbeiträge schon ab dem ersten Monat statt, wie bisher geplant, erst ab dem vierten Monat möglich. Darauf haben sich Regierung und Sozialpartner geeinigt. „Bitte kündigen Sie niemanden, sondern melden Sie stattdessen Kurzarbeit an, um so Arbeitsplätze zu sichern“, plädierte Arbeitsministerin Christine Aschbacher für diese Vorgangsweise.

Auch WKÖ-Präsident Harald Mahrer begrüßte die Nachbesserung: Mit den weiteren Erleichterungen sei die Corona-Kurzarbeit nun noch leichter für die Betriebe nutzbar, vor allem für die stark betroffene Tourismusbranche, die Gastronomie und den Handel. AK-Präsidentin



© APA/Georg Hochmuth

Renate Anderl appellierte ebenfalls, das Modell zu nutzen: „Es wird einen Tag nach der Krise geben! Dafür müssen wir bereits jetzt Vorsorge treffen.“ Zugänglich sei das neue Modell für alle Unternehmen, unabhängig von Größe oder Branche.

## Noch zu wenig

Agenda Austria-Chef Franz Schellhorn: Kurzarbeit allein reicht nicht, es braucht ein „Kurzarbeitslosigkeitsmodell“.

## „Modell reicht nicht aus“

Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie hält die Agenda Austria ein Kurzarbeitsmodell für „nicht ausreichend“. Es sei ein *Kurzarbeitslosigkeitsmodell* nötig, „das Arbeitgebern die Lohnkosten für einige Zeit weitgehend abnimmt“. Die wöchentlichen Personalkosten würden in einigen besonders betroffenen Branchen mehrere Hundert Mio. € betragen. Bei der Warenherstellung beispielsweise liegen sie laut Agenda Austria bei mehr als 680 Mio. €, im Handel bei rund 460 Mio. € und am Bau bei rund 246 Mio. €. Ein Rückgang der Wirtschaftsleistung von fünf Prozent – analog zum Crash 2008/2009 – hätte, so die Agenda Austria, für

## „Kurzarbeit neu“

### Informationen zur neuen Regelung

Die neue Regelung der Kurzarbeit (Stand: 17.3.) soll vor allem auch kleinen und mittleren Unternehmen helfen und ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen die Reduzierung der Arbeitszeit bis auf Null. Die Kurzarbeit kann (vorerst) auf maximal drei Monate befristet abgeschlossen werden. Alle aktuellen Informationen zum Thema finden Sie auf dem WKÖ-Infopoint unter: [wko.at/corona](https://www.wko.at/corona) und unter: <https://www.ams.at/unternehmen/personalsicherung-und-fruehwarnsystem/informationen-unternehmen-coronavirus-#wien>

Österreich „drastische Auswirkungen“.

Zwar würden die „automatischen Stabilisatoren“ wie Arbeitslosengeld oder reduzierte Steuerlast den Einkommensverlusten entgegenwirken. Doch insgesamt würde ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um fünf Prozent die Arbeitslosigkeit um 20% erhöhen, die Steuereinnahmen um 6,5 Mrd. € reduzieren und das Defizit um neun Mrd. € anheben.

## Milliardenhilfe beschlossen

Die Bundesregierung reagierte bereits auf die sich eintrübende Konjunktur – und verzehnfachte das bisher geplante Krisenbudget für die Wirtschaft. Statt der vorgesehenen vier Mrd. € für die schwer angeschlagene Wirtschaft wird es ein bis zu 38 Mrd. € schweres Hilfspaket geben. Das sagten Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) am Mittwoch nach dem Ministerrat. Vor dem Umstand, dass vielen Unternehmen die Geschäftsgrundlage weggebrochen sei, dürfe man die Augen nicht verschließen, so Kurz. Man wolle massenhafte Arbeitslosigkeit verhindern und dagegen „alles Menschenmögliche“ tun. (sb/APA)

## Carepaket für die Wirtschaft

Maßnahmen wie die Erleichterung von Kurzarbeit wurden bereits gesetzt. Am Mittwoch präsentierte die Bundesregierung ein 38 Mrd. € schweres Hilfspaket für die Wirtschaft.

38  
Mrd. €



© Markus Rössle